

ULRIKE WINKELMANN ÜBER DIE BEDEUTUNG DER RÜSTUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT

Neue Jobs für Waffenbauer

Mit hängenden Mienen waren Rüstungslobbyisten zuletzt auf Bundeswehr-Festveranstaltungen anzutreffen. Selbst unter Schwarz-Gelb sah man das Inlands-geschäft nicht mehr aufblühen. Im Gegenteil: Die Bundeswehr wird geschrumpft. Um das Unglück bei Rheinmetall, Krauss Maffei Wegmann und Co komplett zu machen: Die Idee, dass die EU-Staaten eines Tages bei der Rüstungsbeschaffung zusammenarbeiten und die bestellten Stückzahlen entsprechend sinken könnten, greift um sich. Da liegt es in der Natur der Sache, dass die deutsche Rüstungsindustrie auf Export in Krisenländer und solche, die das noch werden können, umstellt: In Saudi-Arabien etwa zählt der Leopard 2 noch etwas.

Nun verteidigt Deutschland zwar tapfer seinen Rang drei in der Hitliste der Rüstungsexporteure. Doch sind die Exportindustrie und das Wohl der Republik ja nicht vom Waffenhandel

abhängig. Die Rüstung macht weniger als ein Prozent der Gesamtexports aus. Die IG Metall will kein Waffenfanatiker-Club sein und meldet trotz, dass die Zahl der Rüstungsbeschäftigten seit 1989 um vier Fünftel gefallen ist. Konversion – Schwerter zu Pflugscharen – sei das Gebot. So würden in Emden heute Windräder statt Kriegsschiffe produziert.

Dies ist die Botschaft, die den rühmlichen Rüstungsdeal der Bundesregierung mit Atomausstieg und der grün-roten Machtübernahme in Baden-Württemberg verbindet: Es mag schon sein, dass deutsche Atom-anlagen unvergleichlich sicher sind, deutsche Autos eine unvergleichliche Straßenlage haben und der Leopard unvergleichlich präzise schießt. Doch dann wird es eben Zeit, dass der unvergleichliche deutsche Maschinenbauer sich andere Produkte sucht, die zu perfektionieren sich lohnt.

Der Tag SEITE 2



Obama kämpft gegen den Staatsbankrott

DOROTHEA HAHN ÜBER DIE WIRTSCHAFTSKRISE IN DEN USA

Obama in der Klemme

Den Zahlen zufolge ist die Lage der USA nicht rosig. Einerseits ist da eine Armee von mehr als 15 Millionen Arbeitslosen – die offizielle Arbeitslosenquote ist gerade wieder auf 9,2 Prozent gestiegen. Andererseits befindet sich die Staatsverschuldung mit 14,3 Billionen Dollar (rund 10 Billionen Euro) ebenfalls auf einem Höchststand.

Doch die USA sind noch lange nicht pleite. Im Gegenteil: die großen Konzerne – allen voran die der Mineralölbranche – machen in diesen „Krisenzeiten“ Rekordgewinne. Das politische Dilemma ist, dass jene Stimmen Oberhand gewonnen haben, die Niedrigsteuern und einen „kleinen Staat“ zum Dogma gemacht haben. Diese rechten RepublikanerInnen haben die Kontrolle über die Debatte. Sie setzen die Themen. Sie treiben die andere Seite vor sich her.

Gegenüber den simplen Argumenten der rechten SteuerstürmerInnen, die im vergangenen November die Mehrheit im Repräsentantenhaus erobert haben, wagt es in den USA kaum

noch jemand in der Politik, positiv von Sozialpolitik, Gesundheitsversorgung oder Umweltpolitik zu sprechen. Zuletzt hat selbst das Weiße Haus durchsickern lassen, dass Präsident Barack Obama zu Zugeständnissen bei der Sozialversicherung bereit sei, um die Schulden zu senken.

Nichts wäre falscher. Schon jetzt ist die soziale Absicherung in den USA im Vergleich zu anderen Industrieländern ein schlechter Witz. Weitere Einsparungen würden den Graben zwischen Arm und Reich, der schon jetzt tiefer und breiter ist als in manchen Dritte-Welt-Ländern, noch unüberwindlicher machen.

Anstatt mit dem republikanischen Chef des Repräsentantenhauses Golf zu spielen und hinter verschlossenen Türen Verhandlungen zu führen, täte Obama gut daran, sich an seine Wurzeln, an seine politische Basis und sein Programm zu erinnern. Die Arbeitslosen sind ein Riesensymbol. Wenn Obama außerdem sozialpolitisch in der Defensive bleibt, kann er die Wahlen im nächsten Jahr nicht gewinnen.

Präsident Obama täte gut daran, sich an seine Wurzeln und an sein Programm zu erinnern

KLAUS-HELGE DONATH ÜBER DAS SCHIFFSUNGGLÜCK AUF DER WOLGA

Russland verrottet

Wieder wurde Russland von einer Katastrophe heimgesucht. Auf Mütterchen Wolga sank das Kreuzfahrtschiff „Bulgaria“ und riss mehr als hundert Menschen mit auf den Grund. Die Behörden demonstrieren wie immer in solchen Fällen Entschlossenheit: Es wird wegen Fahrlässigkeit mit Todesfolge ermittelt. Doch fraglich ist, ob die Verantwortlichen gefunden werden. Wer über Beziehungen verfügt oder aus reichlich Schmiergeld lockermachen kann, kommt gewöhnlich ungeschoren davon. Wir werden sehen.

Schlamperei, Korruption oder beides in Tateinheit sind meist die Ursachen der Katastrophen. Schwere Unglücke ereignen sich auch in anderen Ländern. Russlands Unfallstatistik stellt jedoch alles in den Schatten. Vor allem die hohen Opferzahlen, die schon bei geringfügigen Defekten zu beklagen sind, lassen schauern. Sie dokumentieren Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben – und dies in

Staat wie Gesellschaft. Ein kaputtter Hauptmotor, ein defektes Ruder, gefährliche Schlagseite, unzulässig herausgerissene Innenwände und eine missachtete Sturmwarnung wurden bislang als Ursachen angegeben. Da trägt kein Einzelner mehr Verantwortung, die Ertrunkenen wurden Opfer einer kollektiven fahrlässigen Realitätsverweigerung. Russland verrottet, doch niemand will es zur Kenntnis nehmen. Nur die Angehörigen der Opfer werden aufgetübelt.

Bleiben diese hartnäckig und verlangen Aufklärung, wendet sich das anfängliche Mitgefühl gegen sie. Zu Störenfriedern werden sie erklärt, die das Große und Ganze stören. Dieses wiederum basiert auf einem Unge-nauigkeitsethos der Kultur, die mühselige Kleinarbeit verachtet, ja für eine kleinbürgerliche, westliche Attitüde hält. Der Tod eines Einzelnen sei eine Tragödie, massenhaftes Sterben eine Statistik, meinte Stalin. Er hat zumindest überlebt.

Klicken als Ersatzhandlung

NETZDEMOKRATIE (1) Meinungsäußerungen per Mausclick signalisieren kein erhöhtes politisches Bewusstsein. Unterm Strich schaden sie der Demokratie

Das Internet als Medium ist geradezu prädestiniert dafür, demokratische Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten und zu vertiefen. Auf den ersten Blick leuchtet dieses Argument ein. So finden sich auch in sozialen Netzwerken wie Facebook unzählige Gruppen, in denen man per einfachem Mausclick seine Zustimmung oder Ablehnung zu politischen Vorstellungen signalisieren kann. Auch die Möglichkeit, Onlinepetitionen zu initiieren und nach MitsreiterInnen zu suchen, die durch einen Klick das Anliegen unterstützen, erfreut sich wachsender Beliebtheit. Nur: Kristallisieren sich im Internet denn tatsächlich neue Formen von Partizipations- und Beteiligungsmöglichkeiten, die der vielfach attestierten „Politikverdrossenheit“ entgegenwirken könnten?

Nein! Die unzähligen Möglichkeiten, im Internet seine Zustimmung zu politischen Konzepten durch einen Mausclick zu artikulieren, erhöhen nicht das Maß an politischer Partizipation, sondern verstärken im Gegenteil Frustrationen und die Apathie der BürgerInnen gegenüber ihren demokratischen Institutionen.

One Click – No Vote

Dass das Verfahren des „One Click No Vote“ der Demokratie mehr schadet als nutzt, ist natürlich eine erklärungsbedürftige These. Denn es ist ja richtig, dass die hochgebildeten, politisch engagierten und in die öffentlichen Debatten involvierten BürgerInnen durch das Internet dazugewinnen. Ihnen eröffnen sich größere Informations- und Vernetzungsmöglichkeiten, ebenso wie die Effizienz politischen Handelns steigt.

Allerdings nutzen diejenigen, die klar sehen, dass das WWW nicht die Welt und damit auch immer nur eine Ergänzung zu tatsächlicher Politik sein kann, das Netz anderes als die, welche die Grundprinzipien demokratischer Partizipation nicht hinreichend zu reflektieren in der Lage sind.

Oft verbindet sich mit dem Anklagen einer Facebook-Seite der irri-ge Glaube, dieser Vorgang selbst sei partizipativ – und nicht nur Ausdruck bestimmter Überzeugungen und Sympathien. Dass in der mit einem Mausclick erledigten Zustimmung zu einem bestimmten Politikziel zwar eine soziale Handlung im Sinne einer Interaktion und Vernetzung mit anderen Menschen, allerdings kein politischer Akt im Sinne einer relevanten Willensäußerung liegt, wird dabei übersehen.

Die abertausend Facebook-Gruppen interessieren im Regelfall nicht nur niemanden, sondern können aufgrund ihrer Masse und Unstrukturiertheit, aber vor allem wegen ihrer strukturellen Distanz zum politischen Prozess selbst auch niemanden interessieren, der an realen politischen Entscheidungsprozessen mitwirkt.

Meinung im Bekanntenkreis

Begreift sich ein Onlineaktivist als politisch aktiv und muss zugleich feststellen, dass sein Scheinhandeln keine Konsequenzen zeitigt, dann führt diese Ernüchterung zu Frustrationen und zu einer Zunahme der Unzufriedenheit über das politische System selbst. Es ist eine Form von Scheinpartizipation, die genau das Bild, „Die da oben machen ja eh, was sie wollen“ weiter bestätigt, weil es Frustrationserfahrungen produzieren muss – eben weil politisches Handeln suggeriert wird, letztlich der „Erfolg“ aber nur darin besteht, sich innerhalb eines überschaubaren Bekanntenkreises darüber zu vergewissern, mit wem man Ansichten teilt und mit wem nicht.

Während in derartigen One-Click-No-Vote-Verfahren Politik vorge-täuscht wird und damit Frustrationen einhergehen, die auf einer individuellen Ebene Ablehnungen von demokratischer Realpartizipation befördern können, stellt das Medium der Onlinepetition darüber hinaus noch eine strukturelle Überforderung von Demokratie dar. Strukturelle Überforderung deshalb, weil neben den – selbstredend im politischen System vorgesehenen und auch schon in der

Zeit vor der Existenz des Internet möglichen – Petitionen die Hoffnung geweckt wird, dass durch einen die persönliche Faulheit fördernden Vorgang, das Sitzen vor dem PC, bereits politische Aktivität entfaltet würde.

Auch hier bekommen wieder die politisch sowieso bereits Engagierten ein nützliches Instrument an die Hand, ihre Aktivitäten zu effektivieren. Die Ungebildeten missverstehen dagegen Onlinepetitionen als eine Form von direkter Demokratie, bei der jeder in scheinbar allmächtiger Omnipotenz das egoistische Eigeninteresse in den politischen Prozess einbringen kann. Es entsteht der Eindruck, man könne PolitikerInnen vom heimischen Schreibtisch aus fernsteuern.

Gefühlte Einflussnahme

Insofern stehen den erfolgreich realisierten Onlinepetitionen eine große Zahl erfolgloser Versuche wenig informierter BürgerInnen gegenüber, die hoffen, ihre persönlichen Meinungen auf diesem Weg politisch durchsetzen zu können, ohne dafür wirklich etwas tun zu müssen.

Das zentrale demokratietheoretische Problem besteht dabei darin, dass Erwartungen an das politische System geweckt werden, die dieses strukturell nicht nur nicht erfüllen kann, sondern auch nicht erfüllen darf: denn könnte jeder geradezu willkürlich seinen Willen durchsetzen, wäre dies faktisch eine Form autoritärer Herrschaft. Die Crux ist, dass das Medium der Onlinepetition nur in Gesellschaften als struktureller Zugewinn wahrgenommen werden kann, die bereits über ein hohes Maß an politischer Aktivität auf der Basis von intensiver politischer Informiertheit verfügen, dann allerdings gleichsam fast überflüssig wäre.

Ein Nebeneffekt der für die breite Masse der Bevölkerung lediglich als Surrogat existierenden Onlinepartizipationsmöglichkeiten ist, dass die konventionellen Partizipationsmöglichkeiten weiter unattraktiv gemacht werden und stattdessen PolitikerInnen immer mehr Engagement in ihre Onlineaktivitäten investieren, die aber in die gleiche Frustrationsspirale einmünden: denn die PolitikerInnen, die offenbar jederzeit verfügbar ist, also der Idealtyp des 24 Stunden twitternden Abgeordneten, überschüttet zwar die Welt mit (häufig belanglosen) Informationen, weckt aber zugleich die Hoffnung, man könne mit seiner persönlichen Meinung Einfluss auf ihr Verhalten nehmen, ja dass PolitikerInnen und BürgerInnen auf Augenhöhe agierten.

Twittern weckt die Illusion, Bürger könnten Politiker mit ihrer Privatmeinung steuern

Samuel Salzborn

ist Vertretungsprofessor für Demokratieforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Infos unter www.salzborn.de
Die Netzaktivistin Franziska Heine wird auf diesen Beitrag antworten.



Foto: Marta Krajinovic

SAMUEL SALZBORN